



Haushaltsrede

Krasemann-Sharma, 21.03.2012

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Sie werden auch in diesem Jahr von mir keine Haushaltsrede anhören müssen, in der ich aneinander gereihte Zahlenkolonnen vor ihrem geistigen Auge paradieren lasse. Ich werde Sie auch nicht damit langweilen, dass ich Versatzstücke aus Anträgen und Presseerklärungen wiederhole.

Und – ein Drittes verspreche ich Ihnen – ich rede nicht als Sprecherin der Guten. Wir haben nie behauptet, alles zu wissen und alles richtig zu machen. Wir stellen Fragen, bringen Anträge ein und machen Vorschläge. Und wir halten es auch aus, von Teilen des Rates gewissermaßen zu Aposteln des Haushaltsgutachtens erklärt zu werden, das wir für überflüssig erklärt haben.

Nach dieser einleitenden Feststellung werde ich gleich einen Vorschlag erneuern.

Zuvor gestatten Sie mir, dass ich ganz kurz skizziere, was uns die letzten Wochen nicht nur haushaltspolitisch gelehrt haben:

Sowohl die von der Ratsmehrheit gebilligte Absicht der Stadtverwaltung, den Jugendtreff „Jueck“ zu schließen als auch die absehbare Schließung der letzten Hauptschule in unserer Stadt lassen bei uns die Frage aufkommen: Wie verlässlich, wie aussagekräftig sind Planungen der Stadtverwaltung, die zum Teil extern, für viel Geld, erstellt worden sind? Und daran schließt sich eine weitere Frage an: Wieso sollten diejenigen, die uns diese Planungen vorgelegt haben, Anspruch darauf erheben können, dass wir ihnen auch weiterhin Glauben schenken?

Meine Damen und Herren,

ich will jetzt keine Fachausschussdebatten wiederholen, sondern mich nur auf das grundsätzliche Problem konzentrieren: Wenn ein 2010 einstimmig beschlossener Kinder- und Jugendförderplan nur zwei Jahre später unter aktiver Mithilfe des zuständigen Beigeordneten in einem wesentlichen Teil außer Kraft gesetzt wird, dann hat das mit solider Planung nichts zu tun.

Gleiches gilt für die Hildener Schullandschaft: Mit der von uns kritisierten und abgelehnten Schließung der Albert-Schweitzer-Hauptschule wollte die Stadtverwaltung, mit dem Schuldezernenten an der Spitze, die Theodor-Heuss-Hauptschule im Norden sichern. Das sollte vor drei Jahren durch einen millionenteueren Mensaneubau bekräftigt werden, aus dem dann nichts wurde. Drei Jahre später steht die Schließung der letzten Hauptschule Hildens vor der Tür, während in unserer Nachbarstadt Haan die Anmeldezahlen eine erstaunliche Höhe erreichen.

Dann hätte Hildens Schulpolitik innerhalb weniger Jahre zwei etablierten Schulen das Überleben gekostet! Was als angebliche Rettung der Hauptschule gestartet war, hätte sich als deren endgültige Beseitigung entpuppt.

Nicht nur wir fragen uns: Wer plant denn da? Wie verlässlich ist ein Schulentwicklungsplan? Wäre es da nicht besser, wäre es da nicht angezeigt, dass der Rat endlich das Gesetz des Handelns bestimmt statt einer Stadtverwaltung bzw. einem Jugend- und Schuldezernenten

zu vertrauen, die ihre eigenen Prognosen und Aussagen innerhalb weniger Jahre ins Gegenteil verkehren, ja, verkehren müssen?

Meine Damen und Herren,

Planungssicherheit vermissen wir auch beim Beratungsverfahren zum Haushalt. Hier scheint offenbar ausschließlich das „Prinzip Hoffnung“ zu herrschen. Je weniger Erträge erwartet werden, umso mehr verlängert sich das Jahresergebnis ins Negative. Im Übrigen halten wir es für unseriös, von vornherein ein negatives Ergebnis einzuplanen.

Was unterscheidet unser Verhalten beispielsweise von dem überschuldeter EU-Länder? Sicher die Größenordnung, vermutlich aber nicht die grundsätzliche Haltung: Es fällt natürlich leicht, finanzielle Mittel zu erwarten und Wohltaten zu verteilen, solange man nicht selbst direkt dafür aufkommen muss.

Wir schlagen vor, dass bei den zukünftigen Haushaltsentwürfen davon ausgegangen wird, was die ordentlichen Erträge ehrlich zulassen und nicht davon, was für den Hildener Standard als „angemessen“ erscheint. Wir halten es außerdem für unredlich, Lücken im Haushalt durch den Verkauf des „Tafelsilbers“, wie z.B. des „Jueck“ zu stopfen. Das sind einmalige Effekte, die uns zwar Liquidität verschaffen, aber zugleich unser Vermögen verringern und zusätzlichen Abschreibungsbedarf auslösen.

Deshalb beantragen wir heute, dass der Rat für den Haushaltsentwurf ab 2013 einen Eckwertebeschluss fasst. Der Rat soll für alle Produktbereiche und -gruppen Budgetobergrenzen festlegen, die für die Stadtverwaltung den verbindlichen Rahmen für den Haushaltsentwurf darstellen.

Wir halten es für machbar, dass in den Jahren 2013 und 2014 die jeweils eingeplanten Defizite halbiert werden und dass 2015 ein real ausgeglichener Haushalt erreicht werden kann.

Der erste und gleichzeitig schwierige Schritt in diesem Prozess wäre die Entwicklung eines überzeugenden Leitbildes für die Stadt Hilden. Das heißt: Vieles muss auf den Prüfstand gestellt werden, und von Klientel-Politik bzw. Anspruchsdenken muss Abstand genommen werden. Politik, Verwaltung, Vereine, Verbände – kurz alle Hildener – wären in diesem Prozess gefordert.

Dass dieses Vorgehen grundsätzlich möglich ist, haben beispielsweise die Stadt Koblenz, die Stadt Bonn – dort übrigens auf Antrag der CDU! –, aber auch kleinere Städte wie Ostfildern oder Ingelheim vorgemacht, die zum Teil seit Jahren solche Eckwertbeschlüsse fassen.

In diesen und in vielen anderen Städten haben die Ratsmitglieder der Stadtverwaltung vor dem rathausinternen Aufstellungsverfahren klare Vorgaben gemacht – gewissermaßen ein Haushaltsaufstellungsverfahren von unten nach oben!

Die „Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement“ als das von Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsam getragene Entwicklungszentrum des kommunalen Managements empfiehlt – ja, Sie haben richtig gehört! – sie empfiehlt dabei ein so genanntes „Gegenstromverfahren“, das wir gerne für Hilden übernehmen würden:

Ich zitierte:

„Am Beginn des Haushaltsaufstellungsverfahrens sollte zunächst eine Art Kassensturz stehen, bei dem die im folgenden Haushaltsjahr zu erwartenden Erträge ermittelt und auf die oberste zu budgetierende Ebene verteilt werden. Das nennt man einen Eckwertebeschluss. Er wird üblicherweise im Finanzmanagement vorbereitet und vom Rat beschlossen. Dieser Eckwertebeschluss enthält politische Festlegungen und Zielsetzungen für das nächste Jahr oder - über die Mittelfristplanung - die nächsten Jahre. Im weiteren Verlauf des Haushaltsaufstellungsverfahrens melden die dezentralen budgetierten Bereiche in Kenntnis der Eckwerte ihren Mittelbedarf an.

Eckwertebeschluss und Gegenstromverfahren geben sowohl Politik als auch Verwaltung die Gelegenheit, ihre jeweiligen Positionen und Ansichten deutlich zu machen und zu abgewogenen Ergebnissen zu kommen.“

Zitat Ende!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, darum geht es uns: Wir wollen mit Ihnen gemeinsam, mit unserer Stadtverwaltung, zu „abgewogenen Ergebnissen“ kommen! Wir wollen als gewählte Vertreter/innen der Bürgerschaft diese Stadt und dieses Rathaus steuern – und nicht mittels Nachreichvorlagen, Änderungslisten und Zahlenfriedhöfen gewissermaßen zu Getriebenen oder zu bloßen Erfüllungsgehilfen des Rathauses werden.

Aber unsere Forderung nach mehr Transparenz, mehr Mitverantwortung und mehr Gestaltungswillen wird in diesem Rat nur von einer Minderheit geteilt. Die Mehrheit will weiterhin den eingeschlagenen Pfaden folgen und damit zugleich vor den verantwortungsvollen Aufgaben davonlaufen, die das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ an uns alle gestellt hat.

Das ist bedauerlich! Aber: der Rat könnte ja in Zukunft auch anders an diese Aufgaben herangehen!

Die Konsequenz aus diesen Überlegungen: Wir können dem Haushaltsentwurf 2012 nicht zustimmen!